Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Roeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.



Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief.
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse
und „Invalidendank".

Nr. 853.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 5. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Amtliches.

Berlin, 4. Dezember. Der Kaiser hat dem Vorstande des kaiserlichen Observatoriums in Wilhelmshaven, Professor Dr. Boergen, und dem Abtheilungs-Vorsteher bei der Seewarte in Hamburg Koldewey den Charakter als Admiralitäts-Rath, sowie dem Marine-Garnisonverwaltungs-Direktor Schach in Wilhelmshaven und dem expedirenden Sekretär bei der Seewarte in Hamburg Heydrich den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 4. Dezember, 1 Uhr.

Die Berathung des vom Abg. Dr. Barth (dfr.) und Gen. eingebrachten Antrages, betreffend die Abkehrscheine der Bergleute wird fortgesetzt.

Abg. Stötzel (Centr.): Um sich über den letzten Bergarbeiterstrike ein klares Bild zu machen, muß man die Ursachen der Erregung kennen zu lernen suchen. Ich stehe den Verhältnissen ziemlich nahe und muß sagen, daß die Erregung seit der Beilegung des Strikes nicht geschwunden, sondern vielmehr noch gewachsen ist. Die Verhältnisse lagen für die Bergarbeiter früher günstiger als heute. Früher herrschte ein persönliches Verhältniß zwischen dem Betriebsunternehmer und dem Bergmann, das ist nicht mehr der Fall. Der Bergmann steht jetzt einem Verwaltungsbeamten gegenüber, das persönliche Verhältniß ist ein sächliches geworden. Der Beamte sagt: zunächst habe ich für die zu sorgen, die mich angestellt haben. Das Eigenthum am Bergbau ist Börsenpapier geworden und Gegenstand der Börsenjobberei. Der Aktionär, das arme Wurm, hat in den meisten Fällen nichts dreinzureden und kümmert sich um die Arbeiter nicht. Kapitalbesitzer einerseits, vertreten durch den verwaltenden Direktor, steht schroff gegenüber dem besitzlosen Arbeiter. Das ist kein gesundes Verhältniß. Hier liegt die Ursache zum Strike, und nicht in dem Verhalten der ultramontanen Presse. Die Angriffe des Abg. Kleine auf die „Westfälische Volkszeitung" sind unberechtigt. Auch ich bin als Redakteur angegriffen worden, habe es aber nicht für nöthig gehalten, mich dagegen zu vertheidigen, denn was die Arbeiter von mir halten, das weiß ich. Ich habe eine Lohnübersicht veröffentlicht, die als falsch bezeichnet wurde. Aber nach der amtlichen Lohnstatistik habe ich doch den ungefähren Durchschnitt getroffen. Wenn wir für die armen Arbeiter eintreten und Mißstände an die Oeffentlichkeit bringen, so heißt das Hetzen. Ein Bergmann hat im Glauben, Grund zur Beschwerde zu haben, raisonnirt, ich habe das, ohne daß der Mann davon wußte, veröffentlicht, und daraufhin wurde der Mann sofort entlassen. Kann dabei Zufriedenheit herrschen? Der Redakteur Fusangel in Bochum hat freilich manche scharfe Artikel geliefert im Interesse der Arbeiter, doch sehe man nur die Haltung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" an, die durch unwahre Behauptungen über die Bergarbeiter aufreizend gewirkt hat. Die scharf gehaltenen Zeitungsartikel hätten nie die Arbeiter aufreizen können. Die Arbeiter der Zeche „Schleswig" sind eher durch Wahlbeeinflussungen, als durch die ultramontane Presse erregt worden, deren Redakteure stets vermittelnd zu wirken gesucht haben. Zudem sind da, wo die schlimmsten Vorfälle passirten, ultramontane Blätter gar nicht gelesen worden.

Besonders groß sind auch die Mißstände in der Knappschaftskassenverwaltung, die deshalb durchaus einer Reformirung bedarf. 1878 sind sogar von dem Vorstand einer Knappschaftskasse 80 000 Mark Invalidengelder den Arbeitern vorenthalten worden. Die Leute wollen nicht länger der Willkür des Vorstandes preisgegeben werden, sondern gegen die Beschlüsse desselben eine Instanz haben. Auch sonst sind ganz krasse Vergewaltigungen gegen die Bergarbeiter vorgekommen, Beschwerden bei den Bergbehörden nützen nichts.

Nirgends wird so scharf gearbeitet wie in den rheinisch-westfälischen Gruben. Zugewanderte Arbeiter sind gar nicht im Stande, ein so großes Kohlenquantum zu liefern, wie die rheinisch-westfälischen Arbeiter. Wenn Herr Kleine von der kurzen Arbeitszeit gesprochen, so erklärt sich das daraus, daß die Arbeiter in manchen Löchern wegen der großen Wärme nicht länger als sechs Stunden arbeiten können.

Der Strike ist nicht, wie Herr Kleine behauptet, von außen hineingetragen worden, sondern ist wie ein großes Feuer ausgebrochen. Es wäre doch auch ganz wunderbar, über 100 000 Menschen durch einen äußeren Anstoß in so große Erregung zu bringen.

Wenn von hohen Arbeitslöhnen gesprochen wird, so darf man nicht vergessen, daß nirgends die Kommunalsteuern so groß sind, wie in diesen Arbeiterbezirken. Diese betragen öfter 50 bis 60 Mk. jährlich für einen Arbeiter. . . Kein Mensch wird leugnen können, daß die Arbeitssperre sehr weit ausgedehnt worden ist. Die Arbeiter sind erbittert worden, weil die Zusage des Herrn Hammacher, die Arbeiter nicht wegen des Ausstandes zu entlassen, nicht gehalten worden ist. Ihre Erregung steigert sich jetzt noch dadurch, daß ihnen durch die Entlassungen und die Sperrmaßregel, nachdem sie 20 Jahre und länger Beiträge gezahlt haben, die Anwartschaft auf die Invalidenpension entzogen wird. Dazu kommt, daß die Zahl der Entlassenen eine so große ist, daß man sie nirgends unterbringen kann. Ein großer Uebelstand ist es auch, daß das königliche Oberbergamt sein Ansehen bei den Arbeitern verloren hat. Auch von der Enquete ist wenig zu hoffen, denn die Aussagen der Arbeiter sind schon deswegen wenig werthvoll, weil diese annehmen, dieselben würden den Grubenrepräsentanten nachher vorgelegt, und deshalb von vornherein befangen sind.

In einer Zeit, wo die Gährung eine so große ist, wo allenthalben Unzufriedenheit herrscht, sollen Alle das Ihrige thun, um Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einander zu versöhnen. Die Gefahren, die sonst entstehen können, würden für beide Theile unsäglich sein. Mögen vor allem auch die Arbeitgeber nachgeben, damit wir friedliche Zustände bekommen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hammacher (nl.): Mit den letzten Worten bin ich einverstanden. Ich muß aber ein Befremden zum Ausdruck bringen, das von vielen Mitgliedern getheilt wird. Die Art und Weise, wie die Sache hier verhandelt wird, konstituirt den Reichstag als Gerichtshof, der darüber entscheiden soll, ob gewisse Verhältnisse in Industriebezirken unerträglich und schadhaft sind. Die Aeußerungen darüber sind so verschieden. Der Eine schildert die Verhältnisse als Nothstand ohne Gleichen, der Andere setzt sie in das hellste Licht. Wo ist da die Wahrheit? Die Regierung hat eine Enquete veranlaßt. Die Resultate sind bereits seit längerer Zeit abgeschlossen. Bis jetzt ist über das Ergebniß noch nicht das Geringste verlautet. Wir sehen nicht einmal den Vertreter der Regierung hier, der sonst bei den sozialpolitischen Erörterungen nie zu fehlen pflegt. Ueber ein derartiges negatives Verhalten seitens der preußischen Regierung darf man allerdings mit Recht verwundert sein. Die Frage ist doch von der akutesten Bedeutung für die Entwickelung der Industrie. Vielleicht entscheiden die im Reichstag gehaltenen Reden über das Schicksal der Montanindustrie nicht allein in Westfalen sondern, was mehr bedeuten will, indirekt auch über das Schicksal der weitesten Industriezweige. Die Steinkohlenindustrie ist in der Gefahr, zu unterliegen; der Anfang der sozialen Revolution beginnt mit Stillsetzung des Bergbaues. Darin liegt der Ernst der Situation, doppelt ernst im Winter. Gerade der Bezirk, in welchem jetzt das Feuer brennt, bringt die Hälfte des sämmtlichen Steinkohlenbedarfs hervor, 33 Millionen gegenüber 65 Millionen Tonnen der Gesammtproduktion. Bekommt nun jene Bewegung Geltung, so wird die wirthschaftliche Thätigkeit im deutschen Reiche in weitesten Kreisen erlahmen.

Man will an den unglückseligen Strikes die wesentliche Schuld den Zechverwaltungen aufbürden. Im Großen und Ganzen ist es nicht zu empfehlen, in diesem Augenblick derartige Fragen hier zu erörtern, und ich meinerseits habe wenig Neigung dazu, um so weniger, wenn jetzt das Zusammenwirken aller auf dem Boden der gesellschaftlichen Ordnung stehenden Parteien dringend dazu nöthig ist, die von mir angedeutete Gefahr abzuwenden, und weil ich weiß, daß auch die Zentrumspartei hier im Hause sich auf diesen Boden stellt, aber nach den thatsächlichen Entstellungen des Sachverhaltes muß ich doch die Vertheidigung der „Westfälischen Volkszeitung" durch Herrn Stötzel als mißlungen bezeichnen. Wer die gestrigen Zitate aus der „Westfälischen Volkszeitung" gehört hat, mußte den Eindruck erhalten, daß dies nicht die Sprache eines Organs der Zentrumspartei, sondern der Sozialdemokratie ist. Eine Zeitung, die so aufregende Nachrichten während des Strikes bringt, wie die „Westf. Volkszeitung" kann sich nicht gegen den Vorwurf vertheidigen, zur Schürung der Unzufriedenheit beigetragen zu haben. Mit einem Manne wie Fusangel ist der Reichstag und auch wohl die Zentrumspartei fertig; derselbe hat unzweifelhaft selbst während des Strikes dazu beigetragen, die feindselige Stimmung gegen die Zechenverwaltungen noch zu steigern. Allerdings hat derselbe auch eine Vermittelungsresolution zu Stande gebracht, aber eine solche, die von heftigstem inneren Zorn gegen die Arbeitgeber zeugte, und bei der man offenbar nur dem äußersten Zwange gefolgt war.

Ich nehme keinen Anstand zu sagen, daß nach meiner Ansicht die Herren Schmidt und Baumbach sich ein großes Verdienst um die Beilegung des niederrheinisch-westfälischen Strikes erworben haben, indem sie mit den Bergarbeitern zusammenkamen und auch mich hinzuzogen. (Hört! hört! links.) Es ist aber ein Mißverständniß, wenn Herr Schmidt glaubt, daß ich vor seiner Anregung abgeneigt gewesen sei, mit den Arbeitern zu verhandeln. Ich habe nicht einen Augenblick geschwankt, als der Herr Dr. Baumbach an mich herantrat und mir den Wunsch der Arbeiter, mit mir zu verhandeln, aussprach. Auch die Darstellungen über die weiteren Vorgänge an jenem Tage und den folgenden Tagen, soweit sie sich auf den Verkehr mit den Vertretern der Arbeitgeber und deren Stellung zum Berliner Protokoll beziehen, bedürfen einer Berichtigung. Es könnte nach der Darstellung des Herrn Schmidt scheinen, als ob diese Herren in ihrer prinzipiellen Auffassung schwankend gewesen seien. Das ist nicht der Fall. Rücksichten, die Sie zu würdigen wissen, versagen es mir, eingehend darüber zu sprechen, aber Sie haben von vornherein den prinzipiellen Standpunkt gehabt, nicht mit den Arbeitern zu verhandeln, einen Standpunkt, der mit dem meinigen nicht im Einklang stand. Unrichtig ist auch die Angabe, daß sich der Reichskanzler mit der Einsetzung von Arbeiterausschüssen nicht einverstanden erklärt habe. Beim Besuch im Auswärtigen Amt ist den Vertretern der Arbeitgeber keinerlei Mittheilung über die Stellung des Reichskanzlers zu den Arbeiterausschüssen gemacht worden, und thatsächlich haben sich die Vertreter der Bergwerkbesitzer am 18. Mai auf den Boden des Berliner Protokolls gestellt und damit ihren früheren prinzipiellen Standpunkt verlassen. In einzelnen Punkten freilich haben sie es nicht angenommen, z. B. in der Bestimmung über die achtstündige Schicht. Hier war ein Widerspruch. Am Anfang ist die Normaldauer der Schicht auf acht Stunden fortgesetzt, am Schluß hieß es, kein Arbeiter dürfe länger als acht Stunden beschäftigt werden. Wie z. B. in den königlichen Spinnereien, so erfordert auch beim Bergbau das Einsammeln der Arbeiter und die Einfahrt längere Zeit. In Folge dessen muß die Beschäftigung der Arbeiter auch etwas über acht Stunden hinausgehen. Die Herren haben sich gegen die Arbeiterausschüsse aus ganz individuellen Gründen erklärt. Die Zechen haben sich im Uebrigen aber durchaus an das Resultat der Verhandlungen gehalten. Aber der Strike hatte eben trotz der Abmachungen noch kein Ende gefunden. Er wurde z. B. auf der Zeche „Tremonia" fortgeführt, und das Arbeiterkomite erklärte, daß die Arbeiter sich an ihre Versprechungen nicht gebunden hielten, weil die Arbeitgeber ihre Versprechungen nicht gehalten hätten. Ich habe mir Mühe gegeben, diese Fälle auf ihre Thatsächlichkeit hin zu untersuchen, fand aber, daß die Zechenverwaltungen überall loyal gehandelt hatten. Trotzdem aber wurde der Friede nicht wiederhergestellt, weil die erneute Versammlung in Bochum sich für Wiederaufnahme des Strikes aussprach. Trotzdem erklärten die Arbeitgeber, daß sie sich an ihre Versprechungen gebunden erachteten. Wenn sie dennoch die Arbeiter aufforderten, bis zu einem bestimmten Tage zurückzukehren bei Gefahr der definitiven Entlassung, so war das durchaus gerechtfertigt, denn es muß reine Bahn geschaffen werden. Keiner, der sich in dieser Frist gestellt hat, ist zurückgewiesen worden. Nur ein Unterbeamter, ein Wächter, wurde trotz meiner Vermittlung von dem Grubendirektor nicht wieder angenommen, weil er sich zu sehr gegen die Disziplin vergangen habe; es war übrigens der einzige von allen Beamten, die sich dem Strike angeschlossen haben. Daß Unregelmäßigkeiten auf beiden Seiten vorgekommen sind, Ungezogenheiten der Arbeiter, Unfreundlichkeiten der Arbeitgeber, ist bei so vielen Betrieben mit so vielen Beschäftigten nicht zu verwundern. Auch in der Armee, wo die straffste Disziplin herrscht, sind Taktlosigkeiten nicht ausgeschlossen. Das Frühjahr war für den Bergbau ein Kampf ums Dasein. Die Bergwerksbesitzer haben zu thun gehabt, für die Arbeiter den Lohn zusammen zu bringen. Eine solche Zeit war nicht geeignet, humanitäre Ziele und Einrichtungen zu verfolgen. Das ist eine Aufgabe ruhigerer Kulturentwickelung.

Unsere Zeit ist nervös durchzittert von sozialpolitischen Fragen, und auch für die Arbeiter des Bergbaues gilt die Entwickelung, welche die anderen industriellen Arbeiter genommen haben. Die Formen eines patriarchalischen Verhältnisses sind auch für den Bergarbeiter veraltet. Die Arbeitgeber müssen die Gleichberechtigung ihrer Arbeiter anerkennen. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch mit dem besten Herzen für das Wohl ihrer Arbeiter werden sie sich der neuzeitlichen Entwickelung nicht entgegenstellen können. Hier kann die Gesetzgebung und die Verwaltung nicht Alles thun. Das Meiste ist angewiesen auf die Mitwirkung der Arbeitgeber. Gestern ist verächtlich von den rheinisch-westfälischen Grubenbesitzern gesprochen worden. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück; sie haben ihre Pflicht zu erfüllen geglaubt und ihre völlige Schuldigkeit gethan. Ich müßte mich schämen, mit den Leuten so vertraulich verkehrt zu haben, wie ich es gethan habe, wenn sie in Wirklichkeit den gestern hier gezeichneten elenden Karikaturen entsprächen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) (Präsident v. Levetzow erklärt den Ausdruck „elende Karikaturen" für parlamentarisch unzulässig.) Ich schließe mit der Mahnung: Discite moniti! Das gilt für Arbeiter und Arbeitgeber. Die Arbeiter können allein auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung in Frieden zusammenwirken mit dem Kapital und im Vertrauen auf ihre Arbeitgeber weiterleben. Die Arbeitgeber müssen ihre alten Vorurtheile über Bord werfen und mit den Arbeitern zusammenwirken: Discite moniti. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär v. Boetticher: Die Klage des Herrn Vorredner, daß ich bei seiner Rede nicht auf dem Platze gewesen bin und daß die preußische Regierung sich der Diskussion gegenüber negativ verhält, war unbegründet. Ich bin nur durch ein dringendes Geschäft abgehalten worden, auf meinem Platze zu sein, und um ihm so ausführlich antworten zu können, fehlt mir bis jetzt das ausgiebige Material. Der Antrag Barth und Genossen giebt an sich gar keine Veranlassung, diese Diskussion zu führen, wie sie seit gestern und heute geführt worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Und die Regierungen brauchten gar nicht darauf vorbereitet zu sein, daß eine solche Diskussion darüber stattfände. Der Antrag Barth ist ein Initiativantrag, und wie die verbündeten Regierungen sich zu Initiativanträgen stellen, wissen die Herren. Wir können keine Erklärung über die Stellung zu Initiativanträgen abgeben, bevor dieselben nicht zu Beschluß erhoben und im Bundesrath diskutirt worden sind. Selbst wenn aber die preußische Regierung gewußt hätte, daß der Rahmen der Diskussion über den vorliegenden Antrag so weit hinausgehen würde, so wäre sie doch nicht in der Lage, heute das Material zusammen zu bringen, welches der Vorredner zur Erschöpfung der Debatte für nothwendig bezeichnet hat. Die Reichsverwaltung hat bisher noch keine Veranlassung gehabt, sich mit der Regelung der beregten Materien zu beschäftigen, denn die preußische Regierung hat eine Enquete über die Bergarbeiterverhältnisse in Westfalen und Oberschlesien veranstaltet, und diese mußte abgewartet werden. Die Enquete ist noch gar nicht beendet, das Material hat noch nicht geordnet werden können, zur Ordnung desselben ist erst jetzt eine Kommission eingesetzt worden. Man wird die Beendigung der Enquete abwarten müssen, bevor man in dieser Sache weiter vorgeht.

Ich kann nur wünschen, daß diese Untersuchung möglichst beschleunigt werde, damit volle Klarheit einmal darüber im Lande verbreitet wird, welche Gründe die Veranlassung zum Strike gewesen sind und damit sich jedermann ein Urtheil darüber bilden kann, welche Mittel zur Anwendung von Strikes ergriffen werden müssen. Der Ernst, mit dem die Sache von der königlich preußischen Regierung angefaßt ist, bürgt dafür, daß das Ergebniß dieser Sichtung und Vorprüfung kein negatives sein wird, und die heutige Diskussion giebt mir die Gewähr dafür, daß der Reichstag seinerseits allen Ernstes bemüht sein wird, diejenigen Anträge zu unterstützen, welche von Seiten der verbündeten Regierungen an ihn etwa gestellt werden. Wenn die Meinung verbreitet wird, daß die Arbeiter nicht mit Vertrauen auf die Führung der Enquete hingeblickt hätten, so lassen Sie sich hierdurch nicht von vornherein in Ihren Bestrebungen beirren, sondern warten Sie ruhig ab, bis das Material der Enquete vorliegt und bilden Sie sich ein objektives Urtheil darüber. Niemand wünscht die Herbeiführung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dringender als die verbündeten Regierungen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.): Ueberall ist es im Lande aufgefallen, daß die Untersuchungsresultate über den Ausstand noch nicht zur Kenntniß gebracht sind. Die Vertreter der Regierungen haben absolut geschwiegen. Ich habe Ursache, anzunehmen, daß die Resultate der Untersuchung bereits im September von den Provinzial-Instanzen hierher gekommen sind. Das festina lente gilt nicht, wo die Ereignisse mit Gewalt drängen. Die Erregung in den betreffenden Bezirken ist sehr groß, in dieser Woche steht eine Entscheidung bevor, die uns in unhaltbare Schwierigkeiten bringen kann. Kommt bis Sonntag nicht eine Einigung über die Sperre zu Stande, dann ist das Aeußerste zu erwarten. Die Regierung sollte sofort einen umsichtigen Spezialkommissar in die Distrikte zur Vermittelung senden. Die Arbeiter haben sich bis jetzt als friedfertig gezeigt, und gerade die Gemaßregelten haben von übereilten Schritten abgehalten. Man erzählt sich, daß die Arbeitgeber auf die gefaßten Beschlüsse nicht eingehen wollen. Ist das der Fall, dann fällt Alles, was kommt, auf Ihre Verantwortung. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Wir haben in der ganzen Verhandlung der Session keinen Gegenstand, der an die Wichtigkeit des vorliegenden auch nur entfernt heranreicht. Ich bedaure daher, daß der Reichstag gestern und auch heute so schwach besetzt ist. (Widerspruch rechts.) Sind denn die Nationalliberalen da? (Ja wohl! Heiterkeit.) Sind denn die Konservativen da? (Ja wohl! Heiterkeit.) Das Zentrum ist jedenfalls am stärksten vertreten. Wir haben bisher lange berathen, wie ein Zusammenfallen zwischen Landtag und Reichstag zu vermeiden ist. Jetzt beruft jede Regierung ihren Landtag, und der Reichstag mag sehen, wo er bleibt, dadurch kann der Reichstag nur an Ansehen im Lande verlieren. (Sehr wahr! im Zentrum.) Auch hier muß die Regierung helfen. Ich spreche in einer gewissen Erregung. Wer aber die Dinge gesehen hat und angesichts von 6000 bis 7000 Arbeitern gesprochen und sie zur Ruhe gemahnt hat, der muß erregt werden. Viele tausende Ohren hören auf unsere Verhandlungen mit Aufmerksamkeit und ich hoffe, daß die Erörterung beruhigend wirken wird, wenn man sieht, daß die Sach-

vorwärts geht. Ich hoffe, daß das Wort des Kaisers eingelöst werden wird. Die ultramontane Presse ist nicht Schuld an dem Ausbruch des Strikes. Die gestern hier verlesenen Zitate der westfälischen „Volks-Zeitung“ sind aus dem Zusammenhang gerissen; sie richten sich in Wirklichkeit meist nur gegen die Nationalliberalen.

Auch ich bin der Meinung, daß eine Lösung nur in dem bewußten Zusammengehen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefunden werden kann. Der nothwendigste Schritt hierzu wird sein, die Berechtigung der Beschwerden wirklich festzustellen, und hier müssen die Regierungen mithelfend eintreten. Denn es scheinen doch auch wirkliche Gründe zu Beschwerden vorzuliegen, wie in Bezug der Kündigung der Prämien, Ueberschichten u. s. w.

Wenn Abg. Hammacher die „Westf. Volkszeitung“ der Sozialdemokratie zurechnet, so erinnere ich ihn an die Broschüre des einstigen Kulturkämpfers Abg. Natorp, der der Vertreter der Arbeiter war. Was sollen denn solche Vorwürfe überhaupt? Ist da wohl eine Partei vor der Reichsfeindschaft sicher? Ich könnte doch wohl ebenso behaupten, staatserhaltend sind jetzt nur die Freisinnigen. (Heiterkeit.)

Ich appellire noch einmal an die westfälischen Grubenbesitzer: Hebt die Sperre auf! Belästigt die Arbeiter nicht wegen ihrer Wahlen! (Sehr wahr! im Zentrum): Stört sie nicht in ihrem religiösen Bedürfniß! (Sehr wahr! im Zentrum.) Gebt ihnen die Orden zurück. (Sehr wahr! im Zentrum, Aha! rechts.) Fragt nicht, was steht in diesem oder jenem Ordensstatut, sondern seht euch an, was die Orden dort gewirkt haben. (Beifall im Zentrum.) Der Kultusminister muß hier schleunigst Wandel schaffen. Die Mißstände liegen zum größten Theil nicht an den Arbeitern, darum wird die Gewalt gegen sie nicht helfen. Wer das Schwert gebraucht, wird durch das Schwert umkommen. Gehen die Arbeitgeber zusammen mit den Arbeitern und trifft die Regierung energische Maßregeln, wie es ihre Pflicht ist, dann kann eine Lösung gefunden werden. Ich freue mich, daß der Antrag uns Gelegenheit zu dieser Verhandlung gegeben hat. Man würde nicht begreifen, daß der deutsche Reichstag versammelt ist, und eine Frage unerwähnt läßt, die weitaus die wichtigste ist von allen Fragen dieser Session, Dies ist der Brennpunkt, alle anderen Sachen sind Geldausgaben und Polizeiplackereien! (Heiterkeit und Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. Haarmann (nl.): Das behauptete Scheitern der Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern trotz des angeblich freundlichen, friedfertigen Verhaltens der Delegirten der Bergleute beweist nichts. Auch Antonio und Brutus waren ehrenwerthe Leute und haben doch Verschwörung und Aufruhr in das römische Volk getragen. Und bei unseren Strikes war es nicht schwer, Unzufriedenheit zu säen, denn ausgegangen sind dieselben von den leicht verführten halbwüchsigen, unreifen Burschen. Darum stehen wir diesem Antrage mit sehr getheilten Gefühlen gegenüber. Auch Abgeordneter Frohme hat durch seine aufreizenden Reden bewiesen, zu welchen Konsequenzen ein solcher Antrag führen kann. Solchen Uebertreibungen gegenüber müssen die staatserhaltenden Parteien, zu denen ich auch das Zentrum rechne, zusammenhalten. Auch in den Ausführungen des Abg. Schmidt waren Unrichtigkeiten. Gerade der Verkehr zwischen den Beamten und Arbeitern gestaltet sich gerade beim Bergbau viel herzlicher als in anderen Betrieben, weil das Gefühl, gemeinsam großen Gefahren ausgesetzt zu sein, ein sehr starkes Band bildet.

Was die einzelnen Beschwerdepunkte selbst betrifft, so könnten ja die Ueberschichten eingeschränkt werden. Aber häufig erklärten gerade die Arbeiter, daß man ihnen gar keinen Gefallen durch Einschränkung derselben thue. Auch die Löhne sind, besonders in Westfalen, nicht derartig, daß sie Veranlassung zu einem allgemeinen Strike hätten bieten können. Die Leute selbst würden auch gewiß nicht aus diesem Grunde so unzufrieden geworden sein, wenn sie nicht besonders darauf hingewiesen worden wären.

Die Annahme des Antrages Barth würde nur dazu dienen, ein in dem Berggesetz für die Bergarbeiter statuirtes Ausnahmegesetz zu beseitigen, das nur zu Gunsten der Arbeiter gegeben ist. Daß die Arbeiter selbst dieser Ansicht sind, geht am klarsten daraus hervor, daß bis jetzt noch keine zustimmende Resolution der Arbeiter dazu eingegangen ist. Was an den Abkehrscheinen noch bedenklich ist, werden die Arbeitgeber in Zukunft auch ohne gesetzliche Bestimmung beseitigen.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Schmidt (Elberfeld, dfr.): Der Abg. Dr. Hammacher hat Veranlassung genommen, Angriffe gegen die Grubenbesitzer mit einem sehr scharfen Ausdruck zurückzuweisen. Ich hoffe ihm durch meine Kritik des Verhaltens der Grubenbesitzer zu dem Ausdruck keinen Grund gegeben zu haben.

Abg. Dr. Hammacher (nl): Meine scharfe Zurückweisung hat sich nicht auf die Rede des Herrn Schmidt bezogen. Ich erkenne seine Objektivität gern an und betone, daß auch unsere gemeinsamen Verhandlungen bei der Beilegung des Strikes von keinerlei parteipolitischen Gesichtspunkten begleitet gewesen sind.

In seinem Schlußwort führt

Abg. Dr. Baumbach (dfr.) aus: Die Verhandlungen haben ergeben, daß von einer Wahlspekulation unsererseits bei dem vorliegenden Antrag nicht mehr die Rede sein kann. Daß aber dieser Antrag Veranlassung gegeben hat, den Kohlenstrike zur Debatte zu bringen, ist ein Verdienst, das unserer Partei angerechnet werden muß. Ich glaube auch, daß durch die Art, wie die Redner unserer Partei den Antrag vertreten haben, der Vorwurf ausgeschlossen ist, als ob es sich bei diesem Antrag nicht um eine Förderung des ehrlichen Friedens zwischen Bergleuten und Grubenbesitzern gehandelt hat. Die Kohlenbergwerksverhältnisse sind gerade jetzt sehr ernst. Ich habe soeben eine Depesche erhalten, wonach am nächsten Sonnabend in einer großen Versammlung Stellung genommen werden soll zu der Frage der Verhütung von Strikes und zur Beseitigung der Sperrmaßregeln. Es wäre angesichts dessen zweckmäßig gewesen, wenn von Seiten des Herrn Dr. Hammacher eine Mißbilligung dieser Sperrmaßregeln erfolgt wäre, um den Arbeitern zu zeigen, daß man hier im Reichstage nicht gegen sie Partei nimmt.

Unser Antrag ist keineswegs gegenstandslos. Er hat den klaren Zweck, eine Bestimmung des preußischen Berggesetzes zu beseitigen, welche die Bergleute anderen Vorschriften als denen der sonst geltenden Gewerbeordnung unterwirft. Ich muß dem widersprechen, daß der Grubenbesitzer nur auf Verlangen des Arbeiters einen Abkehrschein ausstellen darf. Nach dem preußischen Berggesetz ist der Arbeitgeber berechtigt, auch gegen den Willen des Arbeiters einen Schein auszustellen. Ich berufe mich dafür auf den bekannten Kommentar des Berggesetzes von Klostermann. Das preußische Berggesetz ist vorbildlich geworden für eine Reihe anderer deutscher, namentlich süddeutscher Berggesetze, aber man hat sich dort wohl gehütet, die Bestimmungen über den Abkehrschein mit aufzunehmen. In Sachsen ist man allerdings noch weiter gegangen und hat einen förmlichen Arbeitsbuchzwang eingeführt. Der Antrag kann auch sehr wohl seinen Zweck erreichen. Man braucht nur hineinzufügen: Die entgegenstehenden landesrechtlichen Bestimmungen sind aufgehoben.

Daß wirklich die Voraussetzungen vorliegen, die ein gesetzgeberisches Vorgehen rechtfertigen, haben die von Herrn Schmidt vorgebrachten Abkehrscheine und Knappschaftsbücher mit ihrer mißbräuchlichen Anwendung bewiesen. Ich habe hier eben solche, von denen z. B. einer die Bemerkung enthält, daß der Arbeiter „willkürlich“ gefeiert habe. Durch diesen Schein ist auch nur die Durchführung der Sperrmaßregel möglich, die sicherlich nicht das Vertrauen der Arbeiter zu den Arbeitgebern festigt. Warum sind gerade die drei Männer, welche bei der Kaiserdeputation waren, entlassen worden? Zweifellos hängt ihre Entlassung mit ihrer Thätigkeit während des Strikens zusammen. Das widerspricht den gemachten Zusicherungen. Die Leute haben durch ihr Benehmen gegen die Beamten absolut keine Veranlassung zur Entlassung gegeben. Sie sind höflich und bestimmt aufgetreten. Der Grund liegt wohl nur darin, daß sie bemüht gewesen sind, eine bessere Organisation der Bergarbeiter herbeizuführen; und sie haben damit Erfolg gehabt.

In den großen Versammlungen ist zwar auch sachlich verhandelt worden, aber eine zweckdienliche Berathung kann bei solchen Anlässen nur in kleinen Ausschüssen vorgenommen werden. Darum liegt die Einrichtung von Arbeiterausschüssen sowohl im Interesse der Arbeiter als der Arbeitgeber. Das ist auch von autoritativster Stelle anerkannt worden. Ich freue mich, heute von Herrn Dr. Hammacher den Ausspruch gehört zu haben, die Arbeitgeber müssen die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennen. Das läßt mich hoffen, daß auch die Arbeitgeber ihre feindliche Stellung gegen Arbeiterausschüsse aufgeben werden. Darum können wir mit dem Erfolg unseres Antrages und mit der durch ihn hervorgerufenen Debatte zufrieden sein. Möge man auch seitens der Arbeitgeber eine andere Stellung bei den Wahlen nehmen und Wahlbeeinflussungen unterlassen! Solche sind vorgekommen. Der springende Punkt ist die Gleichberechtigung. Sehen Sie auf England. Dort ist seit langem die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkannt worden. Auch bei dem letzten Dockarbeiter-Strike in London hat der Lordmayor und der Kardinal Manning die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter anerkannt. Ich rathe auch den deutschen Arbeitgebern: Stellen Sie sich Ihren Arbeitern gegenüber nicht auf den Standpunkt des vornehmen Mannes, sondern auf den der Humanität! Sonst wird die Gleichberechtigung der Arbeiter erzwungen werden. (Beifall.)

Da ein Antrag auf kommissarische Berathung nicht gestellt ist, wird der Antrag Barth unmittelbar im Plenum zur zweiten Lesung kommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Etat des Reichs-Eisenbahnamts.)

Schluß 5¼ Uhr.

Deutschland.

△ **Berlin**, 4. Dezember. Es hat wohl Niemanden gegeben, der ernstlich gezweifelt hätte, daß das **Kartell** für die nächsten Wahlen wieder würde erneuert werden. Nachdem der „Reichsanzeiger“ die bekannte Erklärung gebracht hatte, in welcher die Willensmeinung des Kaisers hinsichtlich des Kartells ausgesprochen worden war, mußte die Erneuerung des Wahlbündnisses der drei Parteien als etwas Selbstverständliches gelten. Auch das kann nicht Wunder nehmen, daß der Gegensatz zwischen der Mehrheit innerhalb des Kartells und den Rechtskonservativen bei Gelegenheit der Erneuerung des Abkommens nicht abermals zum Ausdruck gelangt ist. Dieser Gegensatz ist natürlich nicht dadurch beseitigt, daß man jetzt schweigend über ihn hinweggegangen ist. Er wird nicht bloß bei den Wahlen in die Erscheinung treten, sondern er wird das politische Leben in Zukunft grade so gut wie bisher an seinem Theile mitbestimmen. Einen Vorgeschmack von den Reibungen, die unvermeidlich zu sein scheinen, hat man schon jetzt an den Auseinandersetzungen darüber, ob das Kartell Herrn Stöcker und verwandte Elemente wiederum in sich begreift oder nicht. Zwar behauptet die „Kreuz-Ztg.“, daß Personenfragen bei den gepflogenen Verhandlungen gar nicht berührt worden sind, aber es steht gleichwohl fest, daß die Nationalliberalen wie auch die Freikonservativen stillschweigend übereingekommen sind, Stöcker fallen zu lassen. Voraussichtlich wird dieser Agitator dem Streite dadurch ein Ende machen, daß er auf eine neue Kandidatur verzichtet. Seine Anwesenheit im Reichstage verträgt sich ohnehin nicht recht mit der Verpflichtung, die er hatte eingehen müssen, ferner politisch nicht mehr thätig zu sein. Aber mit den Schicksalen des Herrn Stöcker allein ist die Frage, um die es sich handelt, nicht erschöpft. Es giebt Männer gleichen Schlages, deren Unterstützung durch die Nationalliberalen in Zukunft als ein Ding der Unmöglichkeit erscheinen sollte. Innerhalb der nationalliberalen Partei besteht, so wird versichert, nicht die Absicht, abermals Opfer zu bringen, wie vor drei Jahren. Man wird das abzuwarten haben. Jedenfalls wird die Wahlbewegung von Streitigkeiten in Folge der Aufstellung unangenehmer Kandidaturen nicht frei bleiben. Die Konservativen haben das Kartell ohne Ausnahme unterschrieben. So finden sich unter den Namen der konservativen Unterzeichner denn auch diejenigen der Kreuzzeitungs-Redakteure, der Herren v. Hammerstein und Dr. Kropatscheck. Man darf daraus keine zuweitgehenden Schlüsse ziehen. Die „Kreuzztg.“ ist auch vor drei Jahren mit beim Kartell gewesen und doch hat sie das ihrige dazu gethan, um es von rechts her zu erschüttern. So klug sind sogar die Extremkonservativen, daß sie wissen, wie ohnmächtig sie ohne den Vorspann des Kartells sein würden. Aber sie halten sich an den machiavellistischen Satz, daß Undankbarkeit eine politische Tugend sei, und sie sind für jetzt nur drinnen, um so bald wie möglich wieder außerhalb sein zu können. —

— Die Kommission für das **Sozialistengesetz** wird heute Abend in die zweite Lesung des Gesetzentwurfs eintreten. Das Ergebniß ist kaum noch zweifelhaft zu nennen; es wird voraussichtlich das gleiche sein wie das der ersten Lesung. Die Kompromißverhandlungen über den Ausweisungsparagraphen sind gescheitert, hauptsächlich deshalb, weil noch immer Niemand

Der Hypnotismus in seinen Beziehungen zur Psychologie und Medizin.*)

„Das, was wir Naturgesetz nennen, sagt Virchow, ist veränderlich gemäß unseren neuen täglichen Erfahrungen.“ Daraus folgt, daß, wenn eine Erfahrung den uns benannten Thatsachen oder Gesetzen zu widersprechen scheint, es nicht gestattet ist zu sagen, „das ist unmöglich.“ Diesen Fehler haben viele, selbst wissenschaftlich Gebildete begangen, als sie den Hypnotismus und seine Erscheinungsreihen bloß deshalb als unmöglich zurückwiesen, weil er entweder unvereinbar schien mit ihren bisherigen Anschauungen und Kenntnissen, oder sich nicht aus denselben erklären ließ. Zwischen Zweifel und Unglauben liegt eine weite Bahn, und während der Erstere ein Erforderniß der Wissenschaft bleibt, ist der Letztere ein Hemmschuh derselben. — Gerade der Unglauben, den die hypnotischen Erscheinungen fanden, verhinderte lange Zeit hindurch, daß dieselben von größeren Forscherkreisen einem Erklärungsversuche unterzogen wurden und Bestätigung fanden. Jetzt endlich hat sich der Hypnotismus ein weiteres Terrain erobert, der Streit wird nicht um seine Existenz geführt, sondern um seine Auffassung und praktische Anwendung. Ehe ich den heutigen Stand der diesbezüglichen Streitfragen wiedergebe, ist es nöthig, ein Symptomenbild des Hypnotismus zu entwerfen. Ich schildere es an der Hand von mir selbst gemachter Versuche.

Ich bitte die Krankenwärterin X. sich aufs Sopha zu legen und einen in meiner Hand befindlichen glänzenden Gegenstand zu fixiren. Nach einiger Zeit spürt sie Müdigkeit in den Gliedern, die Augenlider werden ihr schwer. Weiter bietet sie keine Symptome. Sie gehorcht nicht meinen Befehlen, die Glieder behalten nicht die Stellung bei, welche ich ihnen gebe. Ich hypnotisire sie noch einmal und zwar tiefer. Die Augenlider fallen zu, sie liegt da wie eine Schlafende. Ich hebe den Arm, er bleibt in der Stellung, welche ich ihm gegeben. Ich kann die Glieder ohne Widerstand ihrerseits in alle denkbaren Stellungen bringen, sie verharren in denselben. Ich nehme jetzt etwas Salz, bringe es ihr auf die Zunge und sage: „Das ist Zucker.“ Darauf erwidert sie, die Augen aufschlagend: „Nein, Herr Doktor, das ist Salz.“ Auf Befragen erzählt sie nun, daß sie bis zu dem Moment, wo ich ihr Salz in den Mund gesteckt habe, thatsächlich nicht wußte, was mit ihr vorging, speziell von den Bewegungen, welche ich mit ihren Gliedern vornahm, hatte sie keine Ahnung. Ich brauche wohl kaum zu bemerken, daß ihre Worte: „Nein, es ist Salz,“ deutlich genug gegen die Annahme einer Verstellung sprechen. Sie ist übrigens eine erprobt zuverlässige Person.

Ich berichte über einen ferneren Versuch:

Am 2. Oktober d. J. wird ein hysterisches Fräulein, welches über einen Nervenschmerz klagt, von mir in der Weise hypnotisirt, daß ich von ihr einen glänzenden Gegenstand fixiren lasse und nach ein paar Minuten sage: „Ihre Augenlider werden schwer, Sie fühlen im Körper eine Mattigkeit, Sie müssen schlafen, schlafen Sie“. Sie schläft bald ein. In der Hypnose sage ich ihr: „Wenn Sie erwachen, wird der Schmerz verschwunden sein; so, wachen Sie jetzt auf“. Nach dem Erwachen spürt sie den Schmerz nicht mehr, sie weiß nicht, was mit ihr vorgegangen ist. Am 21. desselben Monats kommt sie wegen nervöser Athembeschwerden in Behandlung, sie erzählt, daß sie von den Schmerzen seit der Hypnose befreit gewesen sei. In einer neuen Hypnose sage ich ihr, daß ihre Athembeschwerden nach dem Erwachen verschwunden sein werden. Als ich sie mit den Worten „Wachen Sie auf“ ermuntere, hat sie keine Athembeschwerden mehr. Doch am anderen Tage Mittags 1 Uhr kommen die Beschwerden wieder. Sie wird an diesem Tage einer neuen Hypnose unterworfen, und zwar wie alle Versuche geschah auch dieser in Gegenwart von Kollegen. Das Fräulein liegt wie schlafend da, eine kleine Spalte ist zwischen den Augenlidern offen, wie dies erfahrungsgemäß fast immer bei Hypnotischen der Fall ist. Ich führe mit großer Geschwindigkeit ein glänzendes Messer bis ganz dicht vor die Augen, keine Spur eines Zuckens der Wimpern. Ich sage, die rechte Hand fassend: „diese Stelle hier ist gefühllos.“ Auf sehr starke Hautreize folgt nicht das geringste Zucken, die Hand liegt wie leblos in der meinen, obwohl auch nach dem Urtheil der Kollegen bei vorhandener Empfindung eine Reaktion hätte erfolgen müssen, so daß Verstellung ausgeschlossen ist. Ich bringe danach ihre Glieder in die verschiedensten Stellungen, sie verharren darin; ich sage: „der linke Arm ist gelähmt“, er fällt wie todt auf das Kissen 2c. „Sie werden“, fahre ich fort, „nach dem Erwachen von der Medizin nehmen, welche vor Ihnen steht und hierauf ohne Beschwerden sein, bloß ein Brennen am kleinen Finger der linken Hand haben.“ Ich versuche sie zu erwecken. Sie öffnet die Augen, ihre Pupillen sind sehr weit (was beiläufig bemerkt, nicht willkürlich erzeugt werden kann), ihre Augäpfel wenden sich krampfhaft nach innen, ein hysterischer Krampfanfall ergreift den ganzen Körper. Ich schließe ihr die Augen und rufe ihr zu: „Schlafen Sie.“ Nachdem sie einige Zeit geruht, sage ich: „Jetzt wachen Sie ohne Beschwerden auf. Sie öffnet munter die Augen und verlangt Wasser. Auf meine Frage wozu, meint sie: „zum Nachtrinken, ich muß jetzt Medizin nehmen, es ist schon Zeit,“ (was nach Angabe der Wärterin nicht der Fall ist.) Ich mache hier ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Menschen die Handlungen, welche man ihnen in der Hypnose befohlen hat, nach derselben aus freien Stücken, aus irgend einem natürlichen Grunde zu thun glauben, aus einem Grunde, welcher erst nachträglich konstruirt wird, während der Trieb so und so zu handeln das Erste ist. Dieses Faktum ist psychologisch für die Anschauungen über unseren freien Willen von großer Wichtigkeit.

Nach dem Genuß der Medizin erklärt die Betreffende auf mein Befragen, daß sie keine Athembeschwerden, daß sie mir überhaupt nichts mehr zu klagen habe. Dabei beobachte ich aber, daß sie sich den kleinen Finger reibt. Auf mein Befragen erklärt sie, sie fühle dort ein leichtes Brennen. Von den Vorgängen in der Hypnose erklärt sie mit Bestimmtheit nichts gewußt zu haben. Ich habe sie am 23. und 25. nochmals hypnotisirt. Am 23. hatte ich keinen Erfolg mit der Hypnose, die Versuche am 25. gelangen vorzüglich. Unter anderem gab ich ihr einen Augenspiegel, mit dem Vorgeben, es sei ein Messer, in die Hand und befahl ihr mich zu stechen. Sie stach

*) Nach dem Manuskript eines Vortrags, den Herr Dr. Caro jüngst im Naturwissenschaftlichen Verein zu Posen gehalten hat.

weiß, was Fürst Bismarck will. Auch Herr v. Bötticher weiß es nicht; wenigstens hat er es gegenüber Abgeordneten, die ihn befragt haben, nicht mit solcher Bestimmtheit gesagt, daß sich darauf bauen ließe. Herr v. Bötticher ist übrigens in der letzten Zeit garnicht in Friedrichsruh gewesen. Ein mißverständlicher Bericht über einen Vortrag das Abg. Kulemann hatte den Minister heute vor acht Tagen zum Reichskanzler reisen lassen, und an dieser Legende ist auch nachher unrichtiger Weise festgehalten worden. Indessen kommt nicht viel darauf an. Auch ohne mündliche Unterredung mit dem Fürsten Bismarck könnte sich leicht genug feststellen lassen, wie weit dieser in seinen Zugeständnissen an die Nationalliberalen gehen will. Bisher ist das unterblieben, ersichtlich, weil der Reichskanzler der Meinung ist, daß die zweite Lesung im Plenum eine geeignetere Gelegenheit für ein Kompromiß bieten wird, als es, beim jetzigen verfahrenen Stande der Dinge, die Kommissionsberathungen thun können. Nur Eines steht nach wie vor fest, daß nämlich Fürst Bismarck in eine Verschiebung der Frage des Sozialistengesetzes bis zur nächsten Session nicht willigen wird. Innerhalb der Regierung weiß man am besten, wie leicht möglich es ist, daß die Neuwahlen **keine Regierungsmehrheit** in den Reichstag bringen. In solchem Falle wäre die Ablehnung auch eines noch weiter gemilderten Ausnahmegesetzes wahrscheinlich. Mehr, als sie jetzt erreichen kann, kann die Regierung in Zukunft auch nicht erwarten, eher weniger. Und dazu käme die Gefährlichkeit einer Belastung des Wahlkampfes selber mit einer jedenfalls doch zweischneidigen Frage.

— Kaum ist der Wortlaut des neuen Kartells veröffentlicht, so sind die Herren Kontrahenten schon über die Auslegung desselben uneins. Die „Nat.-Ztg.“ hatte den Satz: „Bei der Aufstellung der Kandidaten ist der Besitzstand der Parteien aufrecht zu erhalten“ dahin interpretirt, daß sie meinte, der Besitzstand **jeder der drei Parteien** sei zu rechnen, nicht derjenige **jedes einzelnen Mitgliedes** derselben .... über die Personen muß eventuell .... eine Vereinbarung erfolgen.“ Die „Kreuzztg.“ unterläßt es nicht, sofort zu konstatiren, „daß es gerade dieses nationalliberale Blatt ist, welches sofort wieder bemüht ist, die kaum geschlossene friedliche Wahlabmachung zu stören.“ Unzweifelhaft, meint die „Kreuzztg.“, müsse in den Fällen, wo der bisherige Kandidat nicht wieder auftritt, eine Vereinbarung über den neuen stattfinden, aber selbstverständlich **nur innerhalb der Partei**, welche im Besitz des Mandats **sich befunden hat**, nicht zwischen ihr und den anderen beiden Parteien. Die „Kreuzztg.“ hält sich zu ihren Auslassungen umsomehr für berechtigt, als in den diesmaligen Verhandlungen auch nicht einmal der Versuch gemacht worden ist, **irgend eine Person oder Richtung** innerhalb der drei Parteien von dem Wahlkartell auszuschließen.

— Die Erweiterung des staatlichen Einflusses auf das **Volksschulwesen** gegenüber den Organen der **städtischen Selbstverwaltung** ist eins der Ziele, die Kultusminister von Goßler mit Konsequenz und Ausdauer verfolgt. Die Zahl der Verfügungen, in denen die Befugnisse der Gemeinden in Bezug auf Anstellung, Besoldung und Disziplinirung ihrer Lehrer und sonstige Schulangelegenheiten eine bisher nicht gekannte Einschränkung erfahren, ist groß und reicht durch die ganze Zeit der Amtsführung des Ministers hindurch. Herr v. Goßler fordert auf Grund von § 18 der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 für die Regierung „nicht bloß die Beaufsichtigung, sondern überhaupt die Verwaltung des gesammten Elementarschulwesens mit umfassendem selbständigem Verfügungsrechte“ (Erl. vom 17. Mai 1883). Damit in Verbindung steht das Bestreben, die Lehrer in jeder Beziehung, vor Allem auch in materieller Hinsicht, in direkteste Abhängigkeit von der Regierung zu bringen und den äußeren Zusammenhang mit den Gemeinden zu lösen. Der Mangel eines Unterrichtsgesetzes läßt derartigen Bestrebungen völlig freies Feld. So hat der Minister unter Hinweis auf eine lange Reihe seiner früheren Erlasse kürzlich wieder daran erinnert, daß die Regierung allein über das Aufrücken der Lehrer in höhere Gehaltsstufen zu entscheiden habe und daß es unzulässig sei, einem Lehrer die Zusage auf Einrücken in ein höheres Gehalt lediglich nach Maßgabe des Dienstalters zu ertheilen. Selbst außerordentliche Zuwendungen der Gemeinden an ihre Lehrer bedürfen nach Herrn v. Goßlers Vorschriften der Genehmigung der Regierung. Es liegt aus der neuesten Zeit eine große Zahl von Einzelfällen vor, in denen die Regierung die Dotation von städtischen Schulstellen bei Neubesetzungen bezw. Neueinrichtungen selbständig geregelt und die von den Gemeinden aufgestellten Gehaltssätze herabgesetzt hat. Während Minister Dr. Falk bei den verschiedensten Gelegenheiten den Antheil der Gemeinden an der Schulverwaltung auf Grund der Städteordnung betont, ist davon in den ministeriellen Erlassen heute nirgends mehr die Rede. Uns erscheint es wünschenswerth, daß die Gemeinden ihre Rechte auf das Schulwesen zu wahren anfangen, damit an die Stelle des von den Gemeinden verwalteten und vom Staate beaufsichtigten Schulwesens nicht die rein bureaukratische Staatsschule tritt. Für die Lehrer liegt in den jetzigen Bestrebungen der Unterrichtsbehörde die Gefahr, aus ihrer verhältnißmäßig freien Stellung herausgedrängt und in gleiche Abhängigkeit von den Regierungsorganen wie die unmittelbaren Staatsbeamten zu kommen. In der Lehrerschaft ist man sich dieser Gefahr vollauf bewußt und überall, wo die Gemeinden das nöthige Interesse für eine zeitgemäße Gestaltung ihres Schulwesens zeigen, stehen die Lehrer der reinen Staatsschule durchaus nicht freundlich gegenüber. Nur die Landlehrer der östlichen Provinzen erwarten von der Verstaatlichung des Schulwesens die Erlösung aus den jetzigen drückenden Verhältnissen, ob mit Recht, darf allerdings bezweifelt werden. Für die pädagogische Ausgestaltung des Schulwesens sowohl als auch für die Entwickelung des Gemeindelebens ist es nothwendig, daß die Gemeinde einen direkten und vollwiegenden Einfluß auf die Schule auch in Zukunft behalte.

— Die Aussichten auf eine **Verständigung** der Grubenbesitzer und Bergarbeiter im **rheinisch-westfälischen Bezirk** sind durch die Haltung der Grubenverwaltungen wenig günstige geworden. Die Arbeiterversammlung in Essen hatte am Sonntag, wie bereits mitgetheilt wurde, beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche mit einer Kommission der Zechenverwaltungen über die Aufhebung der Sperre verhandeln sollte. Nach diesem Beschlusse fand zwischen zwei Arbeiterdelegirten und Herrn Dr. Natorp eine Unterredung statt, wobei Dr. Natorp erklärte, daß die Zechenbesitzer, bezw. die Verwaltungen, wohl **nicht geneigt** sein würden, durch eine Kommission ihrerseits mit Kommissionsmitgliedern der Bergleute zu verhandeln.

— Das **Reichsgesundheitsamt** wird, der „Köln. Ztg.“ zufolge, eine amtliche Untersuchung von **Preßkohlen** vornehmen, um feststellen zu lassen, ob Preßkohlen mit einem so starken Inhalt von Schwefelwasserstoffgas im Handel sind, daß eine gesundheitsschädliche Wirkung zu besorgen ist. Sollte die Untersuchung, welche durch eine Petition angeregt worden ist, in der That ein solches Ergebniß haben, so wird sie voraussichtlich öfter vorgenommen und ihr Ergebniß im Interesse des Publikums veröffentlicht werden.

— Der **Bundesrath** hat beschlossen, daß die **Pharmakopöe künftig in Deutscher Sprache abzufassen** sei, daß jedoch die Ueberschriften der einzelnen Artikel wie bisher in Lateinischer Sprache weiterzuführen und die Deutschen Bezeichnungen daneben zu setzen seien.

Großbritannien und Irland.

* **London**, 4. Dezember. Gladstone hat gestern in Manchester eine weitere Rede gehalten, in welcher er die liberalen Unionisten als die entschlossensten Gegner der Liberalen bezeichnete. Ohne sie würden die Tories sich bereits zu Homerule-Prinzipien bekehrt haben. Die feindselige Haltung der dissentirenden Liberalen dem Homerule gegenüber habe indeß das Nationalitätsgefühl in Schottland und Wales gehoben und das Wachsthum radikaler Meinungen unter den Liberalen gefördert. Gladstone tadelte scharf die irische Politik der Regierung. Die Regierung habe nichts zur Herabminderung der Verbrechen in Irland gethan, die besseren Zustände daselbst seien lediglich den guten Rathschlägen der Führer des irischen Volks zuzuschreiben. Der ganze Geist der Verwaltung Irlands müßte mehr in Einklang mit den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung gebracht werden.

Der Elberfelder Sozialistenprozeß.

Elberfeld, 2. Dezember.

Bei der heutigen Verhandlung fehlen zwölf Angeklagte, darunter Bebel und Grillenberger. Der Gerichtshof beschließt, ohne deren Gegenwart zu verhandeln. Unter den anwesenden Zeugen befand sich auch der Bandwirker Julius **Weber** aus Barmen, geständigermaßen **Polizeispion**. Der Zeuge Buchhalter Wilh. **Bleckmann**, der bekanntlich in der Anklagesache contra Harm wegen Betruges die traurige Rolle eines Denunzianten gespielt — Harm wurde damals für gänzlich unschuldig befunden —, hatte aus Düsseldorf ein ärztliches Attest, dessen Unterschrift unleserlich war, beigebracht, nach welchem er an Gelenkrheumatismus erkrankt ist und die Wohnung nicht verlassen kann. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Schweitzer beantragt, eine Bescheinigung Seitens des dortigen Kreisphysikus einzuholen. Der Gerichtshof wird darüber beschließen und schreitet zunächst zur Vernehmung des Zeugen Weber. Derselbe erklärt sich nach eindringlicher Ermahnung des Vorsitzenden bereit die Wahrheit zu sagen. Präsident: „Waren Sie Sozialdemokrat?“ Weber: „Ja“. Präs.: „Was haben Sie für Beobachtungen gemacht?“ Weber: „Das kann ich wirklich nicht mehr sagen; ich habe in letzter Zeit zu viel gelitten“. Präs.: „Ich will Ihrem Gedächtniß zu Hilfe kommen. Ist einmal in Ihrer Gegenwart ein Kongreßdelegirter gewählt und wer?“ Weber: „Das kann ich nicht mehr sagen. Mir schwebt so etwas vor als hätte ich schon früher darüber Aussagen gemacht.“ Präs.: „Haben Sie dem Polizeikommissar Wilsing davon Mittheilung gemacht?“ Weber: „Das kann ich nicht mehr sagen.“ Präs.: „Sie wollen also wirklich beschwören, daß Sie nichts mehr wissen, und besonders, daß Sie nicht mehr wissen, ob Sie dem Kommissar Wilsing davon Mittheilung gemacht haben?“ Weber: „Ja“. Vertheidiger Rechtsanwalt Lenzmann: „Ist während **Ihrer Krankheit** Jemand bei Ihnen gewesen und hat auf Ihr Zeugniß **einzuwirken versucht**?“ Weber: „Nein, es hat Niemand auf mich einzuwirken gesucht; ein Bekannter hat nur nach meinem Befinden gefragt.“ Lenzmann: „Der Zeuge Kaufmann Buchenau hat ausgesagt, Sie hätten ihm gestanden, Polizeispion zu sein und Wilsing habe Ihnen sein Ehrenwort gegeben, es solle Niemand von Ihrer Thätigkeit als Polizeispion etwas erfahren. Das sollen Sie zu Buchenau gesagt haben. Ist das richtig?“ Weber: „Wenn Buchenau das gesagt hat, wird es wohl so sein.“ Lenzmann: „Hat die Polizei Ihnen nur Geld gegeben, oder hat sie auch andere Mittel gebraucht, um Sie zur Berichterstattung zu bewegen?“ Weber: „Nein, nur Geld.“ Angekl. Dr. **Schmidt**-Barmen bittet, den Zeugen zu fragen, ob derselbe vor fünf Jahren im Auftrage des Polizeikommissar Wilsing zu ihm gekommen sei und sich magenkrank gestellt habe? Weber: „Nein. Ich habe mich auch nicht kränk gestellt; ich war es wirklich.“ Dr. Schmidt: „Zu jener Zeit kam Weber zu mir und knüpfte ein politisches Gespräch an, im Laufe dessen er provozirend auftrat. Ich habe ihm damals gesagt, daß ich meine Gesinnung nicht verleugnen würde, aber ich sei Arzt und könne nicht öffentlich auftreten. Trotzdem bin ich in den Geheimbundsprozeß hineingezogen, und jetzt ist es mir auch klar, aus welchem Grunde.“ Weber weiß sich jenes Gespräches nicht mehr zu erinnern. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Schweitzer bittet, noch einige Fragen stellen zu dürfen. Der Präsident gestattet dies mit dem Bemerken, daß seine Mittel erschöpft seien, Weber auf den Weg der Wahrheit zu bringen, und er würde den Vertheidigern dankbar sein, wenn es ihnen gelänge, den Zeugen zur Aussage zu bringen. Dr. Schweitzer: „Waren Sie Deckadressat?“ Weber: „Nein.“ Dr. Schweitzer: „Wenn Sie in Zürich

---

mehrmals auf mich zu, und auf meine Frage, was sie in der Hand habe, meinte sie, „ein Messer“. Auch diesmal war den Kollegen und mir die auf Befehl eingetretene totale Empfindungslosigkeit eines Armes auf äußerst starke Reize ein Beweis **gegen** Simulation und für Hypnose.

Von 4 Kollegen wurde mir die Krankenwärterin Emilie als durchaus zuverlässig empfohlen. Bei den Hypnotisirungsversuchen äußerte sie: „Bei mir wird es nicht gelingen, ich habe eine zu starke Natur.“ Trotzdem gelang die Hypnose vorzüglich. Ich konnte den Gliedern alle möglichen Stellungen geben, ich machte ihre Hand so unempfindlich, daß wir Alle über den Grad der Empfindungslosigkeit staunten. Höchst interessant bleibt auch hier, daß sie auf die wunde Stelle, die der Hautreiz hervorgebracht, aufmerksam gemacht, meint: sie müsse sich Vormittag mit rauher Seife gewaschen haben. Daher werde das wohl gekommen sein. Schließlich sagte ich ihr, der Schmerz, welchen sie seit 1½ Jahren an einer Narbe am Auge habe, würde nach dem Erwachen **dauernd** fort sein. Diese Suggestion, so nennt man derartige Befehle in der Hypnose, ist thatsächlich eingetroffen; sie ist noch heute frei von dem Schmerz. In einer folgenden Hypnose sagte ich, ihr ein Glas Wasser reichend: Trinken Sie hier den Wein, schmeckt er sauer? „Ja, der Wein schmeckt sauer“, war ihre Erwiderung. Nach 5 Minuten fragte ich sie dasselbe, erhielt aber die Antwort: „Der Wein schmeckt gut.“ Möglicherweise erschien ihr in Bezug auf den Wein sauer und gut dasselbe. Ich gab ihr dann den Augenspiegel und sagte, es sei ein Löffel, hielt ihr meine Hand hin, mit der Weisung, es sei ein Teller mit Klößen, sie aß aus meiner Hand mit dem Augenspiegel. Psychologisch interessant war, daß sie, obwohl ich ihr den Spiegel **selbst**, **nicht** den **Stiel** in die Hand drückte, den Gegenstand umwendete, so daß sie den Stiel in die Hand bekam, ein Beweis, daß die Verstandesthätigkeit nicht ganz erloschen war.

Nach der Hypnose war die Erinnerung an dieselbe völlig verschwunden, während sie in der zweiten Hypnose wußte, was ich in der ersten mit ihr gemacht hatte. Schließlich will ich noch bemerken, daß ich zweimal nach der Hypnose Müdigkeit und Kopfschmerzen vorfand, die jedoch bald schwanden.

Damit haben Sie ein Bild der Hypnose und zwar ihrer verschiedenen Grade. Man kann auch einen Zwischenzustand schaffen, in welchem die hypnotisirten Menschen Alles nachahmen, was man ihnen vormacht. Dieser Zustand liegt zwischen demjenigen, in dem die Hypnotisirten Alles mit sich geschehen lassen, und demjenigen, in welchem sie auch Aufträgen (Suggestionen) folgen. — Als Mittel zur Erzeugung der Hypnose erwähnte ich das Fixirenlassen eines glänzenden Gegenstandes, verknüpft mit der Versicherung, daß die betreffende Person einschlafen werde. Daß das letztere Moment allein genüge, Personen tief einzuschläfern, habe ich noch nicht beobachten können; es wird dies aber von der Nancyer Schule (Libéault, Bernheim) behauptet. Die bloße Einredung der Hypnose wird sogar von diesen Forschern als weniger oder gar nicht schädlich, an Stelle des Fixirens, welches Braid zuerst anwendete, eingeführt.

Wenn man die bisher besprochenen Symptome der Hypnose kurz zusammenfaßt, so kann man sagen: Der hypnotische Schlaf ist ein Zustand, in welchem Bewegungen und Empfindungen eines Menschen durch einen Andern völlig beherrscht werden, nicht hervorgebracht durch entsprechende äußere Reize, die diese Erscheinungen begründen würden, sondern gleichsam hervorgezaubert durch den Befehl des Hypnotiseurs. Dieser hat auch durch einen Befehl, den er während der Hypnose giebt, noch Einfluß auf die hypnotisirte Person nach dem Erwachen. Der Hypnotisirte erinnert sich zwar **keiner** Thatsache aus der Hypnose, mithin auch keines Befehls, dennoch muß er einem unwillkürlichen Zwange folgen und den ihm in der Hypnose ertheilten Auftrag ausführen. Dies ist wohl der Kernpunkt des ganzen Symptomenkomplexes. — Die Herrschaft des Hypnotiseurs über die Sinnesvorstellung des Hypnotisirten erstreckt sich sowohl nach der Richtung der Hallucination, d. h. der Erregung der Vorstellung von Dingen, die gar **nicht vorhanden** sind, als auch nach der Richtung der Illusionen, der ganz **falschen Deutung vorhandener** Dinge.

Mit welcher Lebhaftigkeit anbefohlene Vorstellungen erscheinen, kann man aus einem Beispiel ersehen, das Haidenhein in Breslau, einer unserer nüchternsten Physiologen, erzählt. Er versetzte einen Studenten in der Hypnose nach dem zoologischen Garten und führte ihn vor den Löwenkäfig, welchen der Hypnotisirte natürlich sah. Als Haidenhein plötzlich rief: „Der Löwe hat den Käfig durchbrochen“, malte sich solches Entsetzen in den Zügen des jungen Mannes, wie man es nicht ärger erwarten dürfte, wenn die Situation völlig wahr gewesen wäre.

Ich kann die Beschreibung des Symtomenbildes nicht schließen, ohne den diesbezüglichen Standpunkt Charcots in Paris, unseres bedeutendsten Nervenarztes, zu entwickeln. Er unterscheidet 3 Stadien der Hypnose.

Im ersten Stadium kann man der hypnotisirten Person ohne Widerstand derselben alle beliebigen Stellungen geben. Die Schmerzempfindungen sind erloschen, doch die Sinnesempfindungen sind erhalten. Dies ist das Stadium der Katalepsie.

Im zweiten Stadium, dem der Lethargie, sind die Hypnotisirten empfindungslos und bewußtlos; die emporgehobenen Glieder fallen wie todt herab.

Im dritten Stadium, dem somnambulen, sind die Glieder so stellbar wie im ersten Stadium und behalten die gegebene Stellung bei. Durch leichte Hautreize, wie Streichen, sind Zusammenziehungen der Muskeln hervorzubringen. Das wichtigste Symptom dieses Stadiums bleibt die Suggestibilität, die Möglichkeit einer leichten Eingebung von Bewegungen und Vorstellungen.

Ueber die Hypnotisirbarkeit der Menschen gehen die Meinungen weit auseinander, da die Prozentzahl der zu hypnotisirenden von der Geschicklichkeit des Hypnotiseurs abhängt. Keineswegs trifft die Fähigkeit, hypnotisirt zu werden, nur Hysterische, ich habe ganz gesunde Menschen hypnotisirt.

Im Allgemeinen darf ich wohl sagen, daß, je mehr ein Mensch gewöhnt ist, seine Gedanken intensiv auf etwas zu konzentriren, er um so leichter zu hypnotisiren ist, und dies trifft meist zu bei Leuten, die an Subordination gewöhnt sind.

(Fortsetzung folgt.)

den „Sozialdemokrat“ bestellten, haben Sie dann außer Ihrer nie andere Adressen angegeben, an welche das Blatt geschickt werden sollte?“ Weber: „Das kann möglich sein.“ Dr. Schweitzer: „Drücken Sie sich präziser aus. Sie geben das also zu?“ Weber: „Ja.“ Dr. Schweitzer: „Haben Sie Wilsing Mittheilung gemacht, daß 1886 in Unter-Barmen verbotene Druckschriften ankommen sollten? Wilsing verweigert darüber die Aussage.“ Weber: „Das geht mir zu weit, das kann ich nicht mehr sagen.“ Staatsanwalt Dr. Pinoff: „Die Anklage behauptet, daß Bandwirker E. Küpper-Barmen verbotene Druckschriften in Zürich bestellt habe. Was wissen Sie davon? Weber: „Davon weiß ich nichts; ich habe nie gesehen oder gehört, daß Küpper das gethan hat.“ Präsident: „Weber, Sie häufen Schlechtigkeit auf Schlechtigkeit, Unwahrheit auf Unwahrheit.“ Dr. Schweitzer: „Sie hatten einen Gesellen Langwieler?“ Weber: „Ja.“ Dr. Schweitzer: „Haben Sie Wilsing den Langwieler als Deckadressat angegeben?“ Weber: „Das kann möglich sein.“ Dr. Schweitzer: „Haben Sie Eringer zu veranlassen gesucht, verbotene Druckschriften zu liefern und als Herstellungsort „Hottingen-Zürich“ anzugeben mit dem Bemerken, es könne nichts passiren?“ Weber: „Das weiß ich nicht mehr.“ Dr. Schweitzer: „Ist es richtig, daß Sie die Angestellten der Expedition der „Freien Presse“, die sogenannte Preßkommission, aufgestachelt haben, Einsicht in die Geschäftsbücher zu verlangen?“ Weber: „Das weiß ich nicht mehr.“ Lenzmann: „Hat in den letzten Tagen Jemand Ihnen gerathen, vor Gericht zu sagen, Sie wüßten nichts mehr, Ihr Gedächtniß habe gelitten?“ Weber: „Im Gegentheil! Mein Schwager hat mich angehalten, Alles zu sagen, was ich weiß, und das will ich auch.“ Lenzmann: „Ist ihnen das denn von irgend einer andern Seite gerathen?“ Weber: „Nein.“ Lenzmann: „Wollen Sie das beschwören?“ Weber: „Ja.“ Lenzmann: „**Sie haben also nie erfahren, daß Küpper verbotene Druckschriften bestellt hat, haben Sie denn Küpper dessen bei Wilsing bezichtigt?**“ Weber: „**Ja; ich habe die Polizei belogen.**“ Lenzmann: „**Haben Sie der Polizei in mehr als einem Falle bewußter Weise die Unwahrheit gesagt?**“ Weber: „**Ja.**“ Staatsanwalt Dr. Pinoff: „**Wollen Sie beschwören, daß Sie die Polizei belogen haben?**“ Weber: „**Ja, ich habe in vielen Fällen nicht die Wahrheit gesagt.**“ Lenzmann fragt nochmal: „**Können Sie beschwören daß Sie der Polizei wissentlich die Unwahrheit gesagt haben, daß Sie Sachen erfunden haben?**“ Weber: „**Ja, ich habe Sachen erfunden, kann aber nicht mehr sagen, welche.**“ Staatsanwalt Dr. Pinoff: „**Es handelt sich darum, ob Sie beschwören können, daß Sie die Polizei belogen haben!**“ Weber: „**Ja, das kann ich.**“ Es werden hierauf noch einige Fragen gestellt, die Weber ebenfalls nicht mehr genau beantworten kann. Präsident: „Das Gesetz legt mir nun die Pflicht auf, Sie zu vereidigen. Ich sage offen, daß ich die Ueberzeugung habe, daß Sie einen **Meineid** leisten werden. Weber: „Mein Gedächtniß ist schwach geworden; ich habe fast acht Tage nicht geschlafen und bin sehr aufgeregt.“ Präsident: „Ich habe Ihnen Bedenkzeit gelassen und will Ihnen noch weitere Bedenkzeit geben, wenn Sie sich dann besinnen können. — Wollen Sie nun Ihre Aussage beschwören?“ Weber: „Ich kann nicht anders; wenn ich noch mehr wüßte, würde ich es sagen.“ Nach nochmaliger Ermahnung werden dem Zeugen noch einige Fragen vorgelegt, die er nicht zu beantworten vermag; einige Mittheilungen, die er der Polizei gemacht, will er irgendwo gelesen haben. Seine mündlichen Berichte sind dann vom Polizeibeamten niedergeschrieben, ihm aber nicht mehr vorgelesen, oft hat er sie erst nach mehreren Tagen gemacht. Staatsanwalt: Hat Ihnen Polizei-Kommissar Wilsing gerathen, nie selbst zu handeln und provozirend aufzutreten? **Sie haben durch Ihre schwankenden Aussagen die Polizei von Elberfeld, ja der ganzen Monarchie bloßgestellt!** Weber: „Ja, Herr Wilsing hat mir oft gerathen, nur wahre Berichte zu liefern.“ Lenzmann: „Sie sollten doch also nie provozirend auftreten, wie kommt es denn, daß Sie in Versammlungen darauf hingedrängt haben, einen Vorsitzenden zu wählen, trotzdem man es nie wollte?“ Weber: „Ich habe das nicht für provozirend gehalten und mir dabei nichts gedacht.“ Lenzmann: „Sie haben gesagt, Wilsing habe Ihnen gerathen, nur die Wahrheit zu berichten; hat er Ihnen denn nie sein Bedauern ausgedrückt, wenn Sie wenig berichteten?“ Weber: „Ja.“ Dr. Schweitzer: „Weber hat einmal über eine Versammlung berichtet, in der gesagt sein soll, das Dynamit sei das letzte Recht der Unterdrückten. Ich frage, ob der Zeuge es selber gewesen, der das gesagt hat?“ Weber: „Nein. Wer es gewesen, weiß ich nicht; in keiner Versammlung, wo ich gewesen, ist von Dynamit gesprochen.“ Lenzmann: „Also haben Sie auch das gelogen?“ Weber: „Der Bericht ist nicht von mir.“ Präs.: „Sie haben gesagt, daß Barmen in Klubs eingetheilt gewesen ist, was wissen Sie davon? Sie selbst waren Vorsitzender des Klubs Oberbarmen.“ Weber giebt letzteres zu, will aber von weiteren Klubs in Mittel- und Unterbarmen nichts mehr wissen. Er giebt zu, daß er Geld gesammelt hat für den Unterstützungs- und Hasenclever-Fonds sowie für Broschüren. Ersteres habe er an Thielmann abgegeben, letzteres nach Nürnberg geschickt. Daß er den Klub gegründet habe, sei möglich, doch wisse er es nicht genau, gegründet sei er zu Wahlzwecken, nicht aber zur Verbreitung des „Sozialdemokrat.“ Weber verneint dann wiederum eine Reihe Fragen. Er wird vom Präsidenten nochmals ermahnt, die Wahrheit zu sagen; eine Rehabilitirung könne er von seinen Parteigenossen nun doch nicht mehr erwarten. Lenzmann setzt hinzu, daß er auch nichts von den Angeklagten zu fürchten haben werde. Weber giebt darauf wieder einige schwankende Angaben über die in Barmen bestehenden Klubs, dahingehend, daß dieselben mehr gelegentliche Zusammenkünfte bei Einem oder dem Anderen gewesen; ein Versammlungslokal habe nicht bestanden. Nach weiterer kurzer Vernehmung wird **der Zeuge Weber vereidigt.** Hieran schließt sich die Vernehmung einiger weiterer Zeugen. Zeuge Agent Otto Brill-Barmen verweigert die Auskunft, weil er sich selbst strafbar dadurch machen würde. Er wird nicht vereidigt. Polizeisergeant Zimmermann berichtet über seine Beobachtungen über den Ausflug nach Mettmann sowie über die Vertheilung von Flugblättern. Der Zeuge Wirth Irsen-Elberfeld will sich zu einer Aussage absolut nicht bewegen lassen, weil er fürchtet, „daß ihm von den Angeklagten die Knochen kaput gehauen“ würden. Sämmtliche Angeklagte müssen hierauf den Saal verlassen, und nun giebt Zeuge leise dem Präsidenten Auskunft. Die Aussagen waren unwesentlicher Natur, der Zeuge will von einer Frau gehört haben, daß einer der Angeklagten verbotene Druckschriften verbreitet habe. Sonst wisse er „vorläufig“ weiter nichts. Die Vertheidigung macht darauf aufmerksam, daß der Zeuge bis vor zwei Jahren wegen Geisteskrankheit entmündigt gewesen ist. Die Angeklagten werden darauf wieder hereingerufen und wird ihnen das Ergebniß des Verhörs mitgetheilt. (Heiterkeit.) Joh. Hch. Schmidtkamp-Barmen verweigert ebenfalls die Aussage, weil er sich strafbar machen würde.

(„B. T.“)

Aus der Provinz Posen

und den Nachbarprovinzen.

Nm. Meseritz. [Einführung.] In der Aula des königlichen Gymnasiums fand am 2. Dezember die Amtseinführung des neuernannten Direktors Professor Dr. Hampke statt. Außer dem Lehrer-Kollegium und den Schülern nahmen an der Feier auch zahlreiche Vertreter der hiesigen königlichen und städtischen Behörden Theil. Eingeleitet durch Gesänge des Gymnasial-Chors, begann der Festakt mit der Begrüßungsrede des im Auftrage des königlichen Provinzial-Schulkollegiums erschienenen Geheimrath Polte, der in tiefempfundenen Worten die hohen Pflichten des Lehrberufes darlegte, welche in dem Spruche gipfeln: „Das Gute zu ehren, dem Bösen zu wehren, das Rechte zu lehren“ und am Schlusse dem Einzuführenden sein neues Amt feierlich übergab. — Direktor Hampke setzte hierauf in längerer Rede seine Erziehungsgrundsätze auseinander, begrüßte die Anwesenden und bat diese, insbesondere die Lehrer um eifriges Mitarbeiten an dem Werke der Jugenderziehung. — Im Namen des Lehrerkollegiums begrüßte hierauf Oberlehrer Dr. v. Golenski den neuen Direktor in herzlichen Worten, für welche letzterer sofort ebenso herzlich dankte. Mit Gesang schloß wiederum die erhebende Feier.

Nn. Bentschen, 4. Dezember. Am vergangenen Sonnabend fand hierselbst eine Versammlung des Offizierkorps des Landwehrbezirks Neutomischel statt. An dieselbe schloß sich im festlich geschmückten Tilgnerschen Saale ein Festessen.

Handel und Verkehr.

** **Berlin,** 4. Dezember. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Starke Zufuhr und lebhaftes Geschäft. Schweinefleisch etwas höher. Wild und Geflügel. Zufuhr normal. Geschäft bei wenig veränderten Preisen befriedigend. Fische. Flußfische auch heute knapp, Schellfische reichlicher, andere Arten nicht ausreichend. Preise für Schellfisch weichend, im Uebrigen fest. Geschäft lebhaft. Butter und Käse unverändert. Obst, Gemüse, Südfrüchte. Gemüse unverändert. Weintrauben und Haselnüsse billiger.

Fleisch. Rindfleisch Ia 56—60, IIa 46—52, IIIa 38—40, Kalbfleisch Ia 58—65, IIa 45—48, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 45—48, Schweinefleisch 62—65, Bakonier do. 53—56 Mk. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 80—100 M., Speck, ger. 75—80 M. per 50 Kilo.

Wild. Dammwild per ½ Kilo 0,35—0,54, Rothwild per ½ Kilo 0,35—0,47, Rehwild Ia. 0,60—0,73, IIa. bis 0,55, Wildschweine 0,35—0,50 M., Hasen per Stück 2,75—3,30 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 3,00—3,60 Mk., Fasanenhennen 2,00—2,50 Mk., Wildenten 1,00—1,40 Mk., Seeenten 50—75, Krickenten — Pf., Waldschnepfen 3,50 M., Rebhühner, junge bis 1,50 M., alte 80—90 Mk. per Stück.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, 2,75—3,50, Enten 1,10—1,80 Mk., Puten 2,50—3,00, Hühner alte 0,70—1,00, do. junge — bis — M., Tauben 0,50 Mark per Stück.

Fische. Hechte pr. 50 Kilogramm 57—64, Zander 90, Barsche —, Karpfen große 80 Mk., do. mittelgr. 70 Mk., do. kleine 65, Schleie 94 Mk., Bleie 43 Mk. Aland 50 Mk., bunte Fische (Plötze ꝛc.) 40 M., Aale, große — M., do. mittelgroße — M., do. kleine — M. Krebse, große, p. Schock — M., mittelgr. 2,50—4,00 M., do. kleine 10 Centimeter 1,40—1,50 Mk.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 119—122 M., IIa. 113—116, schlesische, pommersche und posensche Ia. 117,00—120,00, do. do. IIa. 113—116 M., ger. Hofbutter 110—112 M., Landbutter 85—95 M. — Eier. Hochprima Eier 3,90—4,10 M., Kalkeier 3,70 M. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisekartoffeln 1,20—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Rimpansche Delikateß 5—6 M. Zwiebeln 6,50—7,50 M. per 50 Kilogr., Mohrrüben, lange per 50 Liter 1,00 Mark, Blumenkohl, per 100 Kopf 20—25 Mark, Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf — M., Spinat, per 50 Ltr. 1,00 M., Kochäpfel 3—5 M., Tafeläpfel, diverse Sorten —, M. per 50 Kilo, Kochbirnen per 50 Liter 7—8 M., Tafelbirnen div 10—20 M., Weintrauben p. 50 Kg. div. brutto mit Korb, 25—40 M., ungar. do. 10—40 M., italienische do. 35 bis 40 M. Nüsse, per 50 Kilogr. Franz. Marbots — M., franz. Cornes — M., rheinische 22—26 M., rumänische — Mark, Haselnüsse, rund, Sizilianer 26—28 Mark, do. lang. Neapolitaner — Mark, Paranüsse 35—48 M., franz. Krachmandeln 92—95 M.

Danzig, 4. Dezember. Getreide-Börse. (H. v. Morstein.) Wetter: Trübe. — Wind: NO.

Weizen. Inländischer in guter Frage und Preise theilweise höher. Transit-Weizen in fester Tendenz. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 119/20 Pfd. 180 M., 124 Pfd. 184 M., 127 Pfd. 186 M., weiß 130 Pfd. 189 M., 90 M., weiß alt 126 Pfd. 180 M., roth 125 und 126 Pfd. 184 M., Sommer- 129 Pfd. 175 M., 124 Pfd 180 Mark, 127 Pfd. 185 M., für polnischen zum Transit gut bunt 125 Pfd. 136 M., hochbunt 129 Pfd. 143 M., für russischen zum Transit roth 125 Pfd. 137 M., streng roth 133/4 Pfd. 145½ M. per Tonne. Termine: Dezember transit 137½ M. bez., Dezember-Januar transit 137½ M. bez., April-Mai zum freien Verkehr 192 M. Gd., transit 143 M. bez., Mai-Juni transit 144 M. bez., Juni-Juli transit 146 M. Br., 145½ M. Gd. Regulirungspreis inländisch 184 M., transit 138 M.

Roggen unverändert. Bezahlt ist inländischer 126 Pfd. 165 M., 120 Pfd. mit Geruch 160 M., russ. zum Transit 121/2 Pfd. 110 M. Alles per 120 Pfd. per To. Termine: Dezember inländischer 163 M. Gd., transit 110 M. Gd., Januar-Febr. inländischer 164½ M. Gd., per April-Mai inländ. 166½ Mark Br., 166 M. Gd., transit 115 M. Gd., Regulirungspreis inländischer 165 M., unterpolnisch 112 Mark, transit 111 M.

Gerste ist gehandelt inländ. große 110 Pfd. 155 M., russische zum Transit 101 Pfd. 104 M., 108 Pfd. 109½ M., 107 Pfd. mit Geruch 100 M., bessere 102 Pfd. 108 M., 105 Pfd. 110 M., 106 Pfd. 112 M., hell 104 Pfd. 110 M., weiß 100 Pfd. 122 M. per Tonne.

Hafer inländischer 148 M. per Tonne bez. — Mais russischer zum Transit 95½ M. per Tonne gehandelt. — Senf russischer zum Transit 150 M. per Tonne bezahlt — Spiritus kontingentirter loko 49 M. Gd., Dezember-April 49½ M. Gd., nicht kontingentirter loko 30½ M. Gd., Dezbr.-April 30½ M. Gd.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 5. Dezember. Die „Kreuzzeitung“ schreibt aus Dessau: Bei der Hoftafel erwiderte der Kaiser auf den Begrüßungstoast des Herzogs mit herzlichem Danke. Er betonte, Anhalt sei ein Land, zu dem Brandenburg-Preußen die ältesten Beziehungen habe; hätte doch das Haus der Askanier glorreich in der Mark regiert und dort den Grund gelegt, worauf die Hohenzollern weiterbauen konnten. Der Kaiser feierte ehrend das Andenken des Feldmarschalls Fürsten Leopold, des Lehrmeisters der preußischen Armee.

Wien, 5. Dezember. Der Erlaß des Ministers des Innern gegen das Treiben der Auswanderungsagenten, den das „Wiener Tageblatt“ am 3. Dezember bespricht, datirt, wie jetzt amtlich festgestellt ist, bereits vom September 1888.

Bern, 5. Dezember. Der Nationalrath nahm debattelos einstimmig den Antrag des Ausschusses für die Vollendung der St. Gotthardbefestigung an und beschloß, sechs Millionen zu gewähren und den Bundesrath zu beauftragen, Spezialstudien für die Befestigung von St. Maurice (Wallis) und Luciensteig (Graubünden) zu veranstalten.

Börse zu Posen.

Posen, 5. Dezember. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —.— L. Kündigungspreis (50er) 49.20, (70er) 29,70. (Loko ohne Faß) (50er) 49,20—49,30, (70er) 29,70—29,80.

Posen, 5. Dezember. [Börsenbericht.]
Spiritus fest. Loko ohne Faß (50er) 49.30, (70er) 29.80.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 5. Dezember. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 4.			Not. v. 4.
Weizen fest			**Spiritus** behauptet		
pr. Dezbr.-Januar	195 —	193 75	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai	200 —	200 25	**v. 50 M.** loco o. F.	50 60	50 80
Roggen matt			„ April Mai	51 70	51 70
„ Dezbr.-Januar	173 —	173 75	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai	175 50	176 —	**v. 70 M.** loco o. F.	31 40	31 40
Rüböl behauptet			„ Dezember	31 10	31 10
pr. April-Mai 1890	65 —	64 90	„ Dezbr.-Januar	31 10	31 10
Hafer fest			„ April-Mai	32 30	32 30
pr. April-Mai 1890	165 50	164 75			

Kündig. in **Roggen** 600 Wspl. — Kündig. in **Spiritus** 60,000 Ltr.

Deutsche 3½ % Reichsa.	103 10	103 20	Russ. 4½ % Bdkr.-Pfdbr.	98 —	98 —
Konsolidirte 4 % Anl.	105 60	105 70	Poln. 5 % Pfandbr.	63 10	63 10
Pos. 4 % Pfandbriefe	100 75	100 80	Poln. Liquid.-Pfdbr.	59 30	59 30
Pos. 3½ % Pfandbr.	100 —	99 90	Ungar. 4 % Goldrente	86 70	86 75
Pos. Rentenbriefe	103 90	104 —	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	169 30	170 50
Oestr. Banknoten	172 30	172 45	Oestr.-Fr. Staatsb. ultimo	102 10	102 10
Oestr. Silberrente	74 —	74 10	Lombarden ultimo	55 80	54 80
Russ. Banknoten	216 25	218 10	**Fondstimmung**		
Russ. kons. Anl. 1871	— —	— —	matt		

Ostpr. Südb. E. S.A.	92 10	92 20	Pos. Provinz. B. A.	— —	117 50
Mainz Ludwighf. dto.	124 10	124 75	Landwirthschft. B. A.	— —	— —
Marienb. Mlawka dto	63 40	63 25	Pos. Spritfabr. B. A.	100 —	— —
Mekl. Franzb. Friedr.	163 25	163 25	Berl Handelsgesellsch	201 50	204 50
Warsch-Wien. E. S. A	191 75	191 25	Deutsche B. Akt.	174 75	175 50
Galizier E. St. Akt.	79 40	79 30	Diskonto Kommandit	246 —	248 90
Russ 4 % konf. Anl. 1880	93 —	93 —	Königs- u. Laurahütte	173 10	176 25
dto. 6 % Goldrente	113 60	113 40	Dortm. St. Pr. La. A.	131 60	136 75
dto. zw. Orient. Anl.	66 20	— —	Inowrazl. Steinsalz	47 90	48 —
dto. Präm.-Anl. 1866	154 30	— —	Schwarzkopf	237 —	269 89
Italienische Rente	93 50	93 70	Bochumer	254 —	254 —
Rum. 6 % Anl. 1880	106 50	106 40	Gruson	189 75	191 —

Nachbörse: Staatsbahn 102 10 Kredit 169 30 Diskonto-Kom. 246 — Russische Noten 216 20 (ultimo)

Stettin, den 5. Dezember. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 4.			Not. v. 4.
Weizen höher			**Spiritus** ruhig		
Dez.-Jan. a. Usan.	188 50	187 —	**unverst.** mit Abgabe		
Dez.-Jan. neue „	— —	— —	**v. 50 M.** loco o. F.	50 20	50 40
April-Mai a. Usance	195 —	194 —	**unverst.** mit Abgabe		
April-Mai neue „	— —	— —	**v. 70 M.** loco o. F.	30 90	30 90
Roggen fester			pr. Dezbr.-Januar	30 60	30 40
Dez.-Jan. a. Usan.	171 —	171 —	pr. April-Mai	31 70	31 70
Dez.-Jan. neue „	— —	— —	**Rüböl** ruhig		
April-Mai a. Usance	173 —	172 50	pr. April-Mai	65 —	65 —
April-Mai neue „	— —	— —	**Petroleum** fester	12 50	12 3.

Petroleum loco versteuert Usance 1½ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 4. Dezember, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	770	SSO 3	halb bedeckt	3
Aberdeen	776	S 2	halb bedeckt	4
Christiansund	779	OSO 1	wolkig	2
Kopenhagen	777	NO 2	bedeckt	1
Stockholm	781	ONO 2	bedeckt	1
Haparanda	783	SSW 2	bedeckt	— 1
Petersburg	785	SO 1	Nebel	— 7
Moskau	783	ONO 1	wolkenlos	—15
Cork, Queenst	770	SSO 6	bedeckt	8
Cherbourg	771	SSO 4	halb bedeckt	2
Helder	774	SSO 1	wolkig	0
Sylt	776	ONO 1	bedeckt	— 1
Hamburg	776	NNO 3	Nebel [1]	0
Swinemünde	778	NNO 3	bedeckt	1
Neufahrwasser	774	ONO 3	bedeckt	1
Memel	776	NO 4	bedeckt	— 3
Paris	772	NO 1	wolkenlos	— 7
Münster	775	N 1	bedeckt	— 2
Karlsruhe	778	NO 1	bedeckt	— 5
Wiesbaden	774	NO 2	bedeckt	0
München	771	NO 4	Dunst	— 4
Chemnitz	775	still	bedeckt	— 5
Berlin	774	N 3	bedeckt [2]	1
Wien	770	WNW 3	Schnee	— 1
Breslau	772	NNW 3	Schnee	— 2
Ile d'Aix	768	O 5	heiter	— 4
Nizza	768	ONO 4	wolkenlos	4
Triest	770	still	wolkenlos	3

[1]) Abends und früh Schneeflocken. [2]) Abends etwas Regen.

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein barometrisches Maximum von 787 mm liegt am Weißen Meere gegenüber einem Minimum 765 mm nördlich von Galizien. Bei meist schwachen, vorwiegend nördlichen bis östlichen Winden ist das Wetter über Central-Europa trübe und meist wärmer. Im centralen Frankreich herrscht ziemlich starker, im deutschen Binnenlande leichter Frost. Das deutsche Küstengebiet, außer dem ostpreußischen ist frostfrei.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. Dezember Mittags 1,36 Meter.
„ „ 5. „ Morgens 1,22 „
„ „ 5. „ Mittags 1,20 „

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 4. Dezember Abends: 16,0 Normalkerzen.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.